

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Inhaltsverzeichnis

- |    |   |    |  |
|----|---|----|--|
| 02 | TOP-THEMA: Debatte nach den Pariser Anschlägen      | 11 | Recht eines Angeklagten auf Vertretung in der Berufungsverhandlung |
| 03 | Schon 2014 keine neuen Schulden mehr                | 12 | Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden mit Polen verbessern  |
| 04 | Bildung in Deutschland voranbringen                 | 12 | Die Welt neu denken – 100 Jahre Bauhaus                            |
| 06 | Koalitionsantrag zur gesunden Ernährung             | 13 | Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion                    |
| 08 | Sicherheitskräfte im Irak ausbilden                 | 14 | Unsere Vorhaben für 2015   |
| 09 | Durch PATRIOT-Einsatz Türkei weiter schützen        | 15 | Porträt zum Mindestlohn  |
| 10 | Beziehung zu den östlichen Partnern intensivieren   | 16 | Mahnwache in Berlin: Das Land steht zusammen                       |
| 10 | Meldeverfahren in der sozialen Sicherung optimieren | 17 | Kinderrechte in Deutschland stärken                                |

---

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** JASMIN HIHAT, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, MARIA MUSSOTTER

**TELEFON** (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 16.01.2015 12.00 UHR

**TOP-THEMA**

## **Freiheit und Rechtsstaatlichkeit lassen wir uns nicht nehmen**

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages waren vollständig am Donnerstagmorgen erschienen, um der ermordeten Menschen von Paris zu gedenken. Nach einer Rede des Bundestagspräsidenten Lammert gab Kanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung ab.

In der anschließenden Aussprache bezeichnete SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann die Anschläge in Paris als „gezielten Angriff auf die freie Presse. Das war der Versuch, freie Menschen in einer offenen Gesellschaft einzuschüchtern“.

Er stellte jedoch klar: „Dieses Ziel haben die Terroristen nicht erreicht.“ Denn die Franzosen hätten nicht nach Rache und Vergeltung gerufen oder den Polizeistaat gefordert. „Sondern Millionen sind auf die Straße gegangen, um zu trauern, aber auch um zu zeigen: Wir lassen uns von den Terroristen nicht spalten“, sagte Oppermann.

Die Terroranschläge in Paris lenken den Blick auch auf die Situation der Muslime in Deutschland. Oppermann verwahrte sich dagegen, sie nun unter eine Art Generalverdacht zu stellen. „Wenn jetzt Millionen friedfertiger Muslime in Deutschland mit den Terroristen in einen Topf geworfen werden, dann ist das eine unverantwortliche politische Brandstiftung, die leicht zu einer Eskalation der Gewalt führen kann.“

Er forderte die Organisatoren und die Demonstranten von Pegida auf, „endlich diese Stimmungsmache gegen Andersgläubige und Zuwanderer zu stoppen.“

### **Mehr Geld für Präventionsmaßnahmen**

Der Fraktionsvorsitzende befasste sich aber auch mit der Frage, warum sich mehr als 500 junge Menschen aus Deutschland islamistischen Terrormilizen angeschlossen haben. Oft seien das schwache junge Leute ohne Schulabschluss, die sich nutzlos und ausgegrenzt fühlen. Oppermann: „Ausgrenzung ist der Nährboden für die Radikalisierung“.

Deshalb sei es gut, dass die Jugendministerin Schwesig (SPD) für Präventionsmaßnahmen dieses Jahr mehr Geld in die Hand nimmt.

„Wir müssen die Jugendlichen fördern und fordern und sie genau aus der Ecke herausholen, bevor die salafistischen Hassprediger sie dort abholen. Und dabei müssen uns auch die muslimischen Verbände helfen“, sagte Oppermann.

Er wandte sich auch den Forderungen nach schärferen Sicherheitsgesetzen in Deutschland und der schnellen Einführung der Vorratsdatenspeicherung zu. In ihrer jetzigen Form wurde die von den höchsten Gerichten als verfassungswidrig deklariert.

Oppermann versicherte, er habe Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und dankte den Ermittlern für ihre schwierige Arbeit, die Menschen in Deutschland zu schützen.

Er forderte zugleich: „Ich will, dass die Sicherheitsbehörden in der Lage sind, den Rückkehrern 24 Stunden am Tag auf den Füßen zu stehen. Kein gewaltbereiter Syrienrückkehrer darf sich in Deutschland mehr unbeobachtet fühlen.“

Und wenn die personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden dazu nicht reiche, „dann werden wir sie rasch verbessern“, stellte er klar.

### **Einwanderungsgesetz vonnöten**

Die Vorratsdatenspeicherung sei dagegen momentan nicht umsetzbar, weil der Europäische Gerichtshof die EU-Richtlinie für nichtig erklärt und für eine Neufassung sehr strenge Auflagen erteilt habe. Die Neufassung solle in Ruhe abgewartet werden.

Er begründete: „Wenn wir unsere Freiheit im Interesse einer vermeintlich perfekten Sicherheit zu stark einschränken, dann werden wir am Ende beides verlieren.“

Was allerdings in seinen Augen schnell auf den Weg gebracht werden sollte, ist ein Einwanderungsgesetz, das die bestehenden Regelungen bündelt. Denn Deutschland verliert in den kommenden Jahren pro Jahr 400.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter. Diese Lücke lässt sich weder durch die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen noch durch die Qualifizierung von Arbeitslosen schließen. Oppermann: „Dazu brauchen wir qualifizierte Einwanderer in großer Zahl. Nur Einwanderungsgesellschaften sind Wachstumsgesellschaften.“

Sein Appell: „Ich will, dass wir in der Koalition gemeinsam über Einwanderung diskutieren. Wir müssen die bestehenden Regeln überprüfen. Und wir müssen offen diskutieren, nach welchen Regeln Einwanderer nach Deutschland kommen sollen.“

### **Die Mittel des Rechtsstaats nutzen**

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Högl bezeichnete die Terroranschläge von Paris als „Angriff auf die Pressefreiheit.“ Es sei aber auch ein „Angriff auf unsere Werte und unsere Demokratie“ gewesen. „Die Attentäter wollten uns alle verunsichern, sie wollten spalten.“ Das sei ihnen jedoch nicht gelungen. Denn: „Freiheit und Rechtsstaatlichkeit lassen wir uns nicht nehmen“, rief Högl. Stattdessen würden wir mit den Mitteln des Rechtsstaats reagieren.

Deshalb gebe es auch keinen Grund für gesetzgeberischen Aktionismus. Schließlich habe die Große Koalition wichtige Regelungen zur Terrorismusbekämpfung längst auf den Weg gebracht, etwa das Betätigungsverbot für den IS. Nun werde auch das Personalausweisgesetz geändert, das potenzielle Dschihadisten an der Ausreise hindern soll.

„Wir werden auch den Verfassungsschutz schlagkräftiger machen“, versprach Högl; dazu zählten auch die bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene sowie eine bessere personelle und technische Ausrüstung.

Sie betonte, dass auch die Präventionsarbeit gestärkt werde, etwa durch mehr Unterstützung für Verbände, die sich für Demokratie einsetzen.

Zuvor hatte Kanzlerin Merkel geäußert, dass Freiheit und Toleranz nichts mit Verständnis für Terrorismus zu tun hätten und dass die Scharia nicht über dem Grundgesetz stehe. Dagegen seien die Presse- und Meinungsfreiheit einer der größten Schätze unserer Gesellschaft.

## **AKTUELLE STUNDE**

### **Schon 2014 keine neuen Schulden mehr**

Für das Haushaltsjahr 2014 waren zunächst neue Schulden in Höhe von 6,5 Milliarden Euro geplant. Das ist zwar im Vergleich zu früheren Zeiten nicht viel, aber es sind Schulden. Nun ist das nicht nötig, denn das Ziel der Großen Koalition, 2015 ohne Neuverschuldung auszukommen, ist sogar schon ein Jahr früher erreicht.

Ein großer Erfolg für die Große Koalition: Der parlamentarische Staatssekretär Steffen Kampeter wies darauf hin, dass es für das Jahr 2014 sogar einen so genannten strukturellen Überschuss gebe.

Im Jahr 2013 wurden laut eines Berichts des Bundesfinanzministeriums noch neue Kredite in Höhe von 22,1 Milliarden aufgenommen.

Die Summe von den ursprünglich als Neuverschuldung geplanten, nun aber als Einnahmen verbuchten 6,5 Milliarden Euro setzt sich zusammen aus einer eingesparten Milliarde und 5,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Die speisen sich vor allem aus höheren Steuereinnahmen.

Diese Früchte sind nicht zuletzt der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (SPD) zu verdanken, die die sozial- und arbeitspolitischen Grundlagen geschaffen hatte.

Darauf wies in einer von der Koalition beantragten Aktuellen Stunde auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs hin: "Die Agenda 2010 hat die Grundlagen für die heutige Wachstumsstärke des Landes gelegt."

Kahrs betonte, dass die Große Koalition versprochen hatte, 2015 keine neuen Schulden zu machen, "nun ist uns das sogar schon ein Jahr eher gelungen", lobte er.

#### **Dank an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Das liege an den erfolgreichen Unternehmen und den fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Land, denen der Dank gelte. Denn sie sorgten letztlich auch für höhere Steuereinnahmen.

Wichtig sei nun eine gemeinsame, solide Haushaltspolitik, die ohne neuen Schulden auskommt, und in der dennoch in Infrastruktur, Bildung und Familien investiert werde.

Die SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn machte angesichts der erhöhten Einnahmen deutlich, dass erfolgreiche Konsolidierungspolitik nicht nur bedeute, zu sparen, sondern auch die Einnahmen zu erhöhen.

Sie dankte den "ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen im Land", die diesen Erfolg möglich gemacht hätten. Für Steuerhinterzieher seien die Zeiten von Jahr zu Jahr schlechter geworden. So habe es im Jahr 2011 rund 4800 Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung gegeben, 2012 schon 8000, 2013 26.000 und 2014 sogar 38.500. Das zeige, wie wichtig es gewesen sei, die Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige zu verschärfen, wie es die Große Koalition auf Druck der SPD-Fraktion getan hat.

Hagedorn plädierte angesichts der erhöhten Einnahmen dafür, über die Höhe der Abgeltungsteuer zu diskutieren. Hier gebe es Änderungsbedarf.

Ein ausgeglichener Etat ohne Neuverschuldung ist zuletzt 1969 erreicht worden.

## **BILDUNG**

### **Bildung in Deutschland voranbringen**

Der Bundestag hat an diesem Freitag die Ergebnisse des fünften Bildungsberichtes diskutiert und über einen Antrag der Koalitionsfraktionen beraten.

Die Bildungssituation in Deutschland hat sich verbessert, Bildungsstandards und Bildungsteilnahme sind gestiegen – wenn auch noch nicht alle gesellschaftlichen Gruppen Teil dieser Dynamik sind. Zu diesem Ergebnis kommt der fünfte nationale Bildungsbericht (Drs. 18/2990), den der Bundestag zusammen mit Anträgen der Fraktionen beraten hat.

Der Bildungsbericht hat viele gute Nachrichten: Mehr Kleinkinder nehmen an frühkindlicher Bildung teil, es gibt mehr Abiturienten und so viele Studienanfänger wie nie zuvor. Außerdem verlassen immer weniger Schüler/-innen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Ihr Anteil sei von acht Prozent im Jahre 2006 auf 5,9 Prozent 2012 gesunken, heißt es im Bildungsbericht. Zudem steige die Zahl der erfolgreichen Hochschulabsolventen und auch die Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung.

Gleichwohl sei der Bildungserfolg noch immer sehr abhängig von der sozialen Herkunft, sagt der Bericht. Eine Situation, die besonders für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schwierig zu ertragen sei, räumte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil im Plenum ein. Die noch bestehende soziale Ungerechtigkeit kritisiert der Koalitionsantrag (Drs. 18/3546) daher auch deutlich als „erst zu nehmendes Problem und eine zentrale Herausforderung für die weitere Bildungspolitik“. Chancengleichheit dürfe weder von der sozialen noch von der kulturellen Herkunft der Eltern abhängen, so Heil.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Ernst Dieter Rossmann sieht drei Schwerpunkte in der aktuellen deutschen Bildungspolitik, an denen bereits gearbeitet wird: Erstens die stärkere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, beispielsweise durch den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen, zweitens den Übergang von der allgemeinen Bildung in die berufliche Bildung sowie drittens die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und einer Hochschulkarriere.

Durch die BAföG-Reform, den laufenden Ausbau der Kinderbetreuung oder beispielsweise die Allianz für Aus- und Weiterbildung sei hier schon viel auf dem Weg, betonten die Rednerinnen und Redner der SPD-Bundestagsfraktion.

#### **Bund-Länder-Zusammenarbeit in der Bildung optimieren**

Neben der Chancengleichheit wies Hubertus Heil noch auf zwei weitere Herausforderungen der aktuellen Bildungspolitik hin: die Verteilung von „Geld“ und „Zuständigkeiten“ in den Bund-Länder-Beziehungen. Die Mittel müssten dorthin, wo sie gebraucht werden – vor allem in den Ausbau der Qualität und Quantität der frühkindlichen Bildung, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Man stoße aufgrund des noch bestehenden Bund-Länder-Kooperationsverbots im schulischen Bereich allerdings immer noch auf zu viele Grenzen. Die SPD-Fraktion werde diesbezüglich weiterhin Überzeugungsarbeit beim Koalitionspartner und bei den Bundesländern leisten, denn es gehe nicht um mehr „Zentralismus“, sondern darum, dass der Bund die Bildungspolitik der Länder dauerhaft und gezielt finanziell unterstützen könne. Eine Änderung des Grundgesetzes zur Abschaffung des Kooperationsverbots in der Hochschul- und Wissenschaftsförderung (GG Art 91b) konnte bereits zum 01.01.2015 ermöglicht werden.

In diesem Zusammenhang warb Rossmann im Plenum dafür, die Idee eines Nationalen Bildungsrates noch einmal als mögliche strategische Option zu bedenken.

#### **Inklusion bleibt Herausforderung**

Schwerpunkt des fünften Bildungsberichts ist das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“. Diese Akzentuierung in den politischen Schlussfolgerungen greift auch der Koalitionsantrag auf.

Noch sei einiges zu tun, um Menschen mit Behinderungen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, betonte Kerstin Tack, Sprecherin der Arbeitsgruppe Inklusion und Beauftragte für

die Belange von Menschen mit Behinderungen der SPD-Fraktion. Sie betonte vor allem die Forderung des Koalitionsantrages, die Bildungsforschung in diesem Bereich auszubauen sowie einen engeren Schulterschluss mit den Ländern und Kommunen zu suchen, um die geeigneten Inklusions-Konzepte zu finden. Zudem müssten Betriebe, die Menschen mit Behinderung anstellen bzw. ausbilden, noch stärker unterstützt werden – so wie es sich u. a. die Allianz für Aus- und Weiterbildung auch bereits vorgenommen hat.

Klar sei aber auch, so Hubertus Heil, Inklusion könne man nicht „von heute auf morgen“ und „nicht mit der Brechstange“ erzwingen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass das Thema die Gesellschaft womöglich spalte.

### **Über den Nationalen Bildungsbericht**

Für die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger ist der „nationale Bildungsbericht“ ein wichtiger „Seismograph“ für die Bildungssituation in Deutschland, denn er beschreibt Erfolge und Defizite in allen wichtigen bildungspolitischen Handlungsfeldern – von der frühkindlichen Bildung über die schulische und berufliche Bildung bis zur Weiterbildung.

Der unabhängige, indikatorgestützte Bericht wird alle zwei Jahre von einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstellt, im Auftrag der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz der Länder.

## **ERNÄHRUNG**

### **Bundestag diskutiert Koalitionsantrag zur gesunden Ernährung**

Einen Tag vor Beginn der Internationalen Grünen Woche hat der Deutsche Bundestag über gesunde Ernährung debattiert. Die Koalitionsfraktionen brachten dazu ihren Antrag „Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen“ (Drs. 18/3726) in das Parlament ein, der am 15. Januar erstmalig beraten wurde.

Die Internationale Grüne Woche ist die Leistungsschau der Land- und Ernährungswirtschaft. Jährlich kommen rund 400.000 Besucherinnen und Besucher, um Lebensmittel aus der Region und aus aller Welt zu verkosten, Tiere zu erleben und sich über die moderne Produktion unserer Nahrungsmittel zu informieren. Mit einer Gesamtwertschöpfung von 161 Milliarden Euro sichere dieser Wirtschaftszweig allein in Deutschland rund 4,6 Millionen Arbeitsplätze, heißt es im Antrag.

Mit ihrem Antrag zur gesunden Ernährung setzen SPD und Union den Koalitionsvertrag um, und sie setzen damit Impulse für eine gesunde Ernährung. Gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner will die SPD-Bundestagsfraktion gegen den Anstieg ernährungsbedingter Erkrankungen vorgehen. Im Mittelpunkt des Koalitionsantrags steht dabei die Ernährung von Kindern und Jugendlichen.

### **Ombudsstelle gegen Preisdumping im Lebensmitteleinzelhandel einrichten**

„Wir wollen und können den Menschen nicht einen bestimmten Lebensstil vorgeben“, sagte SPD-Fraktionsvizein Ute Vogt. Gleichwohl trage die Politik die Verantwortung dafür, dass Lebensmittel sicher sind. „Und zwar unabhängig davon, wo die Lebensmittel gekauft werden“, ergänzte sie. Lebensmittel müssten gesund und bezahlbar sein, so Vogt: „Das ist ein soziales Grundrecht“. Trotzdem gebe es immer wieder Missstände. Erst vor wenigen Tagen sei wieder von zu vielen Antibiotika in Putenfleisch zu lesen gewesen. Außerdem habe eine Studie des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) festgestellt, dass gerade billiges

Fleisch besonders häufig mit antibiotikaresistenten Keimen belastet sei. „Wir sind in der Verantwortung, Fehler, die im System liegen, aufzuheben“, stellte Vogt klar. Dazu gehörten auch die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen in der Branche sowie die Frage der Tierhaltung. Die vier großen Konzerne im Lebensmittelhandel rief Vogt dazu auf, den Wert der Lebensmittel nicht durch Preisdruck auf die Lebensmittelhersteller zu diskreditieren. Um gegen dieses Preisdumping „des Oligopols“ vorzugehen, forderte die SPD-Fraktionsvizein eine Ombudsstelle, der derartige Praktiken gemeldet werden können.

### **Menschen fordern gesunde und sichere Lebensmittel von der Politik**

„Alle Menschen müssen essen – klingt banal, ist es aber nicht“, sagte die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß. Ernährung sei ein Politikfeld, das existenziell sei, und das habe eine aktuelle Allensbach-Studie bestätigt: „Die Menschen fordern von der Politik gesunde und sichere Lebensmittel“. Dafür habe das Parlament zu sorgen, stellte Drobinski-Weiß fest. Das Thema bewege die Menschen. Es sei unstrittig, dass die meisten „sich und ihre Kinder gesund ernähren wollen“. Nur das gelinge nicht immer oder nur unter Mühen und Anstrengungen. „Wir wollen das ändern“, sagte sie. Deshalb greife der Antrag die Ursachen dieser Schwierigkeiten auf: „Es muss für alle Menschen leichter werden, sich gesund zu ernähren. Und zwar unabhängig vom Geldbeutel und Schulabschluss“. Kinder und Eltern würden heute mit Angeboten und Werbung für ungesunde Lebensmittel überflutet: „Diese Flut wollen wir eindämmen“, versprach Drobinski-Weiß.

### **Nahrungsmittel werden in Deutschland nicht mehr wertgeschätzt**

Jeannine Pflugradt, zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, stellte heraus, dass sich „heutzutage die Menschen weniger Zeit für ihre Mahlzeiten nehmen“. Essen sei kein Erlebnis mehr, sondern reine Nahrungsaufnahme. „Selten werde regelmäßig im Familienverband Essen genossen“, so Pflugradt. Die ständige Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln in Deutschland führe vielmehr dazu, dass „wir uns über die Werte des Essens und Trinkens zu wenig Gedanken machen“. Nahrungsmittel würden nicht mehr richtig wertgeschätzt.

„Gesunde Ernährung ist die Grundlage für körperliche Gesundheit“, unterstrich die Patientenbeauftragte der SPD-Fraktion, Helga Kühn-Mengel. Für immer mehr Menschen entwickle sich die Ernährungssituation zum Risikobereich. „Über die Hälfte der Erwachsenen und etwa 15 Prozent der Drei- bis Siebzehnjährigen sind übergewichtig“, berichtete sie. Das führe laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dazu, dass die Folgeerkrankungen deutlich zunehmen. „In Europa verursacht das 86 Prozent vorzeitige Todesfälle und 77 Prozent der Krankheitslast“, machte Kühn-Mengel deutlich. Letzteres habe die Deutsche Allianz gegen Nichtübertragbare Krankheiten (NCD Allianz) erst kürzlich dargestellt. Die Folgekosten für das Gesundheitssystem seien erheblich.

### **Die Ziele der Koalition in der Ernährungspolitik**

SPD und Union wollen zu einem gesunden Lebensstil motivieren und darauf hinwirken, dass im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie (Bestandteil des geplanten Präventionsgesetzes) die ausgewogene Ernährung ein zentraler Schwerpunkt wird. In Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen sollen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern an einer der Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entsprechend gesunden Verpflegung teilhaben können. Denn vor allem Kinder aus bildungs- und einkommensschwachen Familien seien häufiger von Fehlernährung betroffen, heißt es im Antrag. Ziel der Koalition ist es, allen Kindern die Chance auf ein gesundes Leben zu geben. Dazu solle in Kitas und Schulen für ihre Teilhabe an gesunder Ernährung gesorgt werden. Außerdem seien sie vor ungesundem Ernährungsverhalten zu schützen – unabhängig von Herkunft, Bildung und Einkommen.



### **Die Forderungen an die Bundesregierung**

Die Koalition fordert die Bundesregierung unter anderem auf, bei der Entwicklung einer Präventionsstrategie darauf hinzuwirken, dass die gesundheitlichen Risikofaktoren unausgewogene Ernährung und Bewegungsmangel angemessen berücksichtigt werden. Auf EU-Ebene solle sich die Regierung dafür einsetzen, die Programme für Schulobst und Schulgemüse sowie für Schulmilch zusammenzuführen und so auszugestalten, dass eine Teilnahme der Bundesländer erleichtert wird. Die Qualität der Verpflegung in Kitas, Schulen und öffentlichen Kantinen soll zum Beispiel durch einen Ernährungs-TÜV und eine stärkere Verpflichtung der Anbieter auf Qualitätsstandards verbessert werden. Das soll ein nationales Qualitätszentrum zukünftig kontrollieren.

Vorschlagen wird zudem, den Erwerb eines „Ernährungsführerscheins“ für Grundschulkinder weiterhin zu ermöglichen und in weiterführenden Schulen auszubauen. Empfohlen wird auch eine Strategie für die Verringerung von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten. In Supermärkten soll es „quengelfreie“ (süßigkeitenfreie) Kassen geben. Ebenso soll ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel in Grundschulen und Kitas gelten und die Ernährungsbildung an Schulen ausgebaut werden.

## **AUSSENPOLITIK**

### **Sicherheitskräfte im Irak ausbilden**

Deutsche Soldatinnen und Soldaten sollen die kurdischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen die Terrormiliz ISIS im Nordirak ausbilden. Ein entsprechender Antrag der Bundesregierung wurde im Bundestag beraten.

Die Lage im Nordirak ist seit Juni 2014 verheerend: Die Terrormiliz ISIS massakriert die Bevölkerung, große Teile der sunnitischen Gebiete Iraks sind der Kontrolle der Zentralregierung entglitten. Nach Angaben des Büros der UN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten sind derzeit mehr als zwei Millionen Binnenvertriebene im Irak auf der Flucht. Um die katastrophale Lage der Menschen vor Ort zu lindern, unterstützt die Bundesregierung den Kampf gegen den Terror der ISIS-Truppen und leistet seit Beginn der Krise humanitäre Hilfe. Deutschland hat bereits mehr als 100 Millionen Euro an humanitärer und struktureller Übergangshilfe geleistet.

Der Bundestag hat nun über den Antrag der Bundesregierung (Drs. 18/3561) für eine Ausbildungsmission im Irak beraten. Auf Bitten und mit Einverständnis der irakischen Regierung soll die deutsche Bundeswehr die irakischen Streitkräfte sowie die Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak mit einer Ausbildungsmission unterstützen. Denn, wie Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) betonte, in den Kämpfen der letzten Monate seien nicht nur Ausrüstungs-, sondern auch Ausbildungsmängel deutlich geworden. Hierfür sollen Ausbildungszentren im Irak aufgebaut werden, unter anderem auch in der Region Kurdistan.

Gemeinsam mit anderen europäischen Partnern sollen Sicherheitskräfte im Nordirak ausgebildet werden, wie zum Beispiel bei der Minenräumung. Die Gesamtverantwortung für die Ausbildung liegt im Sinne einer „local ownership“ bei der Regierung der Region Kurdistan-Irak. 100 deutsche Soldatinnen und Soldaten sollen bis Ende Januar 2016 mit Schwerpunkt im Raum Erbil stationiert werden. Neben der Ausbildung und Beratung der irakischen Streitkräfte sollen die Soldatinnen und Soldaten zudem die Lieferungen humanitärer Hilfsgüter und militärischer Ausrüstungen vor Ort koordinieren. Auch die Behandlung verwundeter kurdischer und irakischer Sicherheitskräfte ist als Aufgabe im Antrag genannt. Die



Ausbildungsunterstützung beinhaltet keine Begleitung in Einsätzen oder in eine direkte Unterstützung militärischer Operationen.

### **Verbrechen gegen die Menschlichkeit stoppen**

Ebenfalls auf Bitten der irakischen Regierung hatte der Deutsche Bundestag im September 2014 beschlossen, militärische Schutzausrüstungen und Waffen zu liefern. Damit ist Deutschland dem Aufruf des UN-Sicherheitsrats an die internationale Staatengemeinschaft gefolgt, dem Irak im Kampf gegen den ISIS-Terror zu helfen. Eine Nothilfe, um die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen. Zusammen mit der Ausbildungsmission, ist der verteidigungs-politische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Arnold zuversichtlich, könne der Terror des ISIS kurzfristig gestoppt und mittelfristig auch aus dem Irak verdrängt werden.

Durch den Vorstoß des ISIS ist das Leben von Millionen Menschen im Irak und in der Region Kurdistan-Irak dramatisch bedroht, die Stabilität des Irak und der ganzen Region ist angegriffen. Nach der Feststellung des UN-Sicherheitsrates geht von der IS-Terrormiliz zudem eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aus. Aufgrund der Vielzahl ausländischer Soldatinnen und Soldaten gilt es auch, die Sicherheit Deutschlands und Europas zu schützen. Der deutsche Einsatz ist Teil der internationalen Anstrengungen im Kampf gegen die Terrororganisation. Die militärischen Unterstützungsmaßnahmen bleiben eingebettet in einen ganzheitlichen politischen Ansatz und sollen in Ergänzung der weiterlaufenden Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaftshilfe sowie der fortgesetzten humanitären Hilfe umgesetzt werden.

## **Durch PATRIOT-Einsatz Türkei weiter schützen**

Um ein Übergreifen des syrischen Bürgerkriegs auf den Bündnispartner Türkei gemeinsam zu verhindern, soll der NATO-Einsatz „Active Fence“ erneut um ein Jahr verlängert werden. Mit der Mandatsverlängerung sollen weiterhin deutsche PATRIOT-Flugabwehrsysteme und Streitkräfte in die Region entsandt werden. Darüber hat der Bundestag am 15. Januar beraten.

An dem Einsatz in der Türkei ist Deutschland seit 2013 beteiligt, gemeinsam mit den Niederlanden (ab Januar 2015 abgelöst durch Spanien) und den USA. Mit jeweils zwei Feuerinheiten PATRIOT und dem zugehörigen Unterstützungspersonal tragen diese Länder dazu bei, die Ausweitung des Konflikts in Syrien auf die Türkei zu verhindern.

Die Türkei ist der am stärksten betroffene NATO-Partner durch den Krieg in Syrien und den anhaltenden Kampf gegen die IS-Terrormiliz im Irak und in Syrien. Mehr als 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge haben in der Türkei Zuflucht gefunden. Und die von Syrien ausgehende Bedrohung bleibt fortbestehen. Das dortige Regime verfügt über ballistische Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von bis zu 700 Kilometern. Syrische Raketen können daher grundsätzlich einen großen Teil des türkischen Territoriums erreichen.

Die Türkei selbst verfügt über keine eigenen Fähigkeiten zur Abwehr von ballistischen Raketen. Deshalb hat sie im Oktober letzten Jahres um Verlängerung des Einsatzes gebeten – zum Schutz ihrer Bevölkerung und ihres Territoriums. Die Türkei vertraue auf den Bündnispartner Deutschland, so der SPD-Abgeordnete Thomas Hitschler. Er betonte: „Man muss Hilfe leisten, wenn man darum gebeten wird“.

### **Rein defensive Maßnahme**

Die Rahmenbedingungen für den Einsatz bleiben unverändert. Das bedeutet in erster Linie: Die Verstärkung der NATO-Luftverteidigung bleibt weiterhin eine ausschließlich defensive Maßnahme. Als Mittel militärischer Abschreckung soll die Maßnahme verhindern, dass sich der

Konflikt von Syrien auf die Türkei ausweitet. Es wird keine deutsche Beteiligung an einer Einrichtung oder Überwachung einer Flugverbotszone in Syrien geben.

Die Türkei brauche Solidarität, Sicherheit und Verlässlichkeit, betonte der SPD-Abgeordnete Achim Post und sprach sich für eine Mandatsverlängerung aus. Die USA haben die fortführende Entsendung ihrer Einheiten und des entsprechenden Bedienpersonals bereits beschlossen. Die Niederlande werden Ende Januar 2015 ihre PATRIOT-Einheiten zurückverlegen. Dafür stellt Spanien von Januar an eine Einheit. Weitere NATO-Mitgliedstaaten beteiligen sich mit Fachpersonal. Die Verlängerung des Mandats soll bis zum 31. Januar 2016 gelten.

## Beziehung zu den östlichen Partnern intensivieren

Der Bundestag hat am 16. Januar in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der Regierung zu den europäischen Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau beraten. Die Abkommen schaffen eine Freihandelszone und vertiefen die Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union.

Die Intensivierung der Beziehungen zu den östlichen Partnern bleibt eine der zentralen außenpolitischen Herausforderungen der Europäischen Union. Beim EU-Gipfel am 27. Juni 2014 in Brüssel haben die EU und die Ukraine, Georgien sowie die Republik Moldau Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Die geplanten Abkommen sind ein entscheidender Schritt zum Ausbau der gegenseitigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Die Vereinbarungen tragen zudem wesentlich zur weiteren demokratischen und rechtstaatlichen Entwicklung in der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau bei. Stabilität und Wohlstand in der Region sollen gestärkt werden. Ein weiteres zentrales Feld der Zusammenarbeit ist die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

### Einrichtung einer Freihandelszone

Substanzieller Bestandteil der Abkommen ist die Einrichtung einer Freihandelszone. In Georgien und der Republik Moldau wird dieser Teil des Abkommens bereits vorläufig angewandt. Das Inkrafttreten der Handelsbestimmungen zwischen der EU und der Ukraine wurde auf Ende 2015 verschoben. Damit wird dem russischen Wunsch entsprochen, die Auswirkungen des Abkommens auf den Handel mit Russland ausgiebig zu prüfen. Berechtigten Einwänden kann so gegebenenfalls Rechnung getragen werden. Für ein endgültiges und vollständiges Inkrafttreten müssen die Abkommen noch durch die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ratifiziert werden. Das kann einige Zeit in Anspruch nehmen.

## SOZIALES

## Meldeverfahren in der sozialen Sicherung optimieren

Mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drs. 18/3699) will die Große Koalition vor allem das Meldeverfahren in den Sozialversicherungen verbessern. Der Bundestag hat am 15. Januar den Gesetzentwurf in 1. Lesung beraten.

„Von der Wiege bis zur Bahre – Formulare, Formulare“, dieses Zitat beschreibe den Druck von Bürokratie auf den Menschen, sagte die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion, Gabriele Hiller-Ohm. Beispielgebend dafür sei das Formular, das die Krankenversicherung an Eltern versende, deren Kinder volljährig sind und noch zur Schule gehen, eine Ausbildung

absolvieren oder studieren. „Dafür muss ich dann die Bescheinigungen beibringen und nachweisen, was meine Kinder mit ihren Jobs verdienen“, berichtete Hiller-Ohm. Sie habe das Glück, „sehr gewissenhafte Kinder zu haben, die ihrer Mutter schnell alle Bescheinigungen zukommen lassen“, sagte die Sozialpolitikerin. Hiller-Ohm weiß davon zu berichten, wie viel Aufwand es bedeutet, die entsprechenden Nachmeldungen bei den Sozialversicherungsträgern wie Krankenkassen oder gesetzlicher Rentenversicherung vorzunehmen. Deshalb begrüße die SPD-Fraktion, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nun überbordende Bürokratie abbauen werde. Das zeige erneut, die Koalition redet nicht nur – sie handelt.

Ziel des Gesetzentwurfes ist es, den administrativen Aufwand für die soziale Sicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verringern sowie Unternehmen und Behörden bei ihren Aufgaben zu entlasten. Unter anderem sollen Bescheinigungsdaten künftig elektronisch an die Rentenversicherung übertragen werden können. Durch die Änderung von Definitionen sollen zudem die elektronischen Meldeverfahren rechtssicherer werden. Zudem werden das Waisenrentenrecht an das Steuer- und Kindergeldrecht angeglichen sowie die Einkommensanrechnung vereinfacht.

## RECHTSPOLITIK

### **Stärkung des Rechts eines Angeklagten auf Vertretung in der Berufungsverhandlung**

Am Donnerstagabend hat das Parlament in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition beraten, der das Recht eines Angeklagten auf Vertretung in einer Berufungsverhandlung stärkt. Die Initiative (Drs. 18/3562) setzt zwei europarechtliche Vorgaben um.

Künftig kann die Berufung eines Angeklagten nicht mehr verworfen werden, wenn zu Beginn eines Termins zur Berufungshauptverhandlung ein vom Angeklagten mit schriftlicher Vertretungsvollmacht versehener Verteidiger erscheint.

Diese Regelung geht auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zurück, der die bisherige Regelung der Strafprozessordnung, nach der das möglich war, für unvereinbar mit der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Recht auf faires Verfahren etc.) erklärt hatte.

Zudem präzisiert der Gesetzentwurf die Möglichkeiten einer Berufungsverwerfung und umreißt sie neu. Danach ist sie nur dann möglich, wenn

- sich der Verteidiger ohne genügende Entschuldigung entfernt hat und eine Abwesenheit des Angeklagten nicht genügend entschuldigt ist oder der Verteidiger den ohne genügende Entschuldigung nicht anwesenden Angeklagten nicht weiter vertritt,
- sich der Angeklagte ohne genügende Entschuldigung entfernt hat und kein Verteidiger mit schriftlicher Vertretungsvollmacht anwesend ist oder
- sich der Angeklagte vorsätzlich und schuldhaft in einen seine Verhandlungsfähigkeit ausschließenden Zustand versetzt hat und kein Verteidiger mit schriftlicher Vertretungsvollmacht anwesend ist.

Darüber hinaus dient der Gesetzentwurf der Umsetzung des Rahmenbeschlusses Abwesenheitsentscheidungen, den der Rat der Europäischen Union am 26. Februar 2009 verabschiedet hat. Der neue Rahmenbeschluss ändert Vorschriften zur Anerkennung bzw.

Vollstreckung von Abwesenheitsentscheidungen in fünf EU-Rahmenbeschlüssen zugunsten der Betroffenen ab. Dazu sind einige ergänzende Vorschriften im deutschen Recht erforderlich. Die Umsetzung erfolgt durch Änderungen im Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen.

## INNENPOLITIK

### Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden mit Polen verbessern

Am Freitag hat das Parlament in 1. Lesung über Verbesserungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Polen im Polizei- und Zollbereich beraten. Dazu haben die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen am 15. Mai 2014 ein Abkommen unterzeichnet, mit dem die Zusammenarbeit vertieft wird. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drs. 18/3696) sieht die Umsetzung dieses Abkommens vor.

## KULTUR

### Die Welt neu denken – 100 Jahre Bauhaus

Im Jahr 2019 wird das Bauhaus 100 Jahre alt. Die SPD-Fraktion hat sich in den Koalitionsverhandlungen dafür eingesetzt, dass dieses Ereignis von nationaler und weltweiter Strahlkraft auch durch den Bund unterstützt wird. Mit einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 18/3727) soll dieses Vorhaben nun angegangen werden.

Die Koalitionsfraktionen setzen sich unter anderem dafür ein,

- dass sich die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters (CDU), zusammen mit den Ländern, Städten und Stiftungen an der konzeptionellen Ausgestaltung des Jubiläums beteiligt,
- dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern bei der Stiftung Bauhaus-Dessau, der Klassik-Stiftung Weimar und dem Bauhaus-Archiv Berlin die notwendigen baulichen Voraussetzungen schafft, damit diese ihre weltbedeutenden Sammlungen in zeitgemäßen Museen präsentieren können,
- dass der Bund in Abstimmung mit den im Bauhausverbund zusammengeschlossenen Ländern einen finanziellen Beitrag aus den Förderprogrammen im Denkmalschutz, im Städtebau und der UNESCO-Welterbe-Stätten zur Unterstützung der Aktivitäten des Bauhaus-Verbundes leistet sowie
- dass die vom Bund finanzierten Kultureinrichtungen das Bauhaus-Jubiläum bei ihren Programmplanungen berücksichtigen.

Siegfried Ehrmann, zuständiger Berichterstatter in der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, würdigte im Plenum den ganzheitlichen Bauhaus-Ansatz, der eine zutiefst „soziale“ Philosophie verfolge, die „den Menschen und seine Ideen in den Mittelpunkt stellt“. Auch die Reformpädagogik der Bauhaus-Kunstschule sei bis heute aktuell, betonte Ehrmann. Ihm sei daher wichtig, dass der Antrag für das Jubiläum auch Orte außerhalb der drei Bauhaus-Städte Weimar, Dessau, Berlin in den Blick nehme.

Auch für die SPD-Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering, Vertreterin ihrer Fraktion im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, ist das Bauhaus mehr „als zeitloses, nüchternes Design“, mehr als „ein feststehendes Regelwerk aus Formen und Farben“. Das Bauhaus sei „eine Kunst, die humanistischen Prinzipien“ folge und damit „auch eine Haltung“. Daher sei es nicht verwunderlich, so Müntefering, dass seine Künstler, Architekten, Maler und Bildhauer von den Nazis verfolgt wurden. Auch deshalb sollte der Bund in „Frieden und Kooperation, in die Freiheit der Kunst, die Gleichwertigkeit der Menschen und in eine offene, eine moderne Gesellschaft“ investieren.

## FRAKTION

### Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion

Im Rahmen ihrer Klausurtagung Anfang Januar haben die SPD-Bundestagsabgeordneten ihren Kurs für die kommenden Monate abgesteckt. Gemeinsam diskutierten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die politische Lage und ihr Arbeitsprogramm 2015. Sie begannen mit der Entwicklung weiterführender sozialdemokratischer Zukunftsthemen. Neben den Bedürfnissen der "mittleren Generation" lag ein Schwerpunkt der Klausur auf dem Thema Integration und Zuwanderung. Überschattet wurde die Fraktionsklausur vom Terroranschlag in Paris.

Das Jahr 2014 ist für die SPD-Fraktion in der Großen Koalition äußerst positiv gewesen: Der Mindestlohn gilt, die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren ist eingeführt, mehr Investitionen in Bildung, erste wichtige Gesetze zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Die Mietpreisbremse kommt, und auch die Frauenquote. Diese Themen liegen der SPD-Fraktion besonders am Herzen, und sie bilden den sozialdemokratischen Kern der Koalitionsvereinbarung mit der Union. Fraktionschef Thomas Oppermann ist sich sicher, dass es eine große Zustimmung zur Regierungspolitik der Sozialdemokraten gibt. Am Ende werde das honoriert, sagte er mit Blick auf die momentanen Umfrageergebnisse. "Ich rate zur Gelassenheit. Die Wirkungen müssen ja auch erstmal bei den Menschen ankommen", so Oppermann.

#### 2015 weiter "Motor der Koalition" sein

Auch 2015 werde die SPD im Bundestag weitere Projekte umsetzen, die sie im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Zu den wichtigsten Punkten des sozialdemokratischen Arbeitsprogramms für 2015 gehören die Verbesserung der Situation von Leiharbeitern und die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen, sagte die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht. Auch die Lohngleichheit von Männern und Frauen und die Frauenquote seien Themen, die die SPD-Fraktion vorantreiben werde, kündigte sie an. Für sie steht fest: "Wir wollen auch 2015 weiter der Motor der Großen Koalition sein und unser Land zum Guten verändern. Wir bleiben aber nicht bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags stehen."

#### Die „gehetzte Generation“ unterstützen

Zusätzlich werde die SPD-Fraktion aber auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode neue Impulse setzen, kündigten Lambrecht und Oppermann an. Die SPD-Abgeordneten machten sich daher auf der Klausursitzung darüber Gedanken, welche Themen die Bürgerinnen und Bürger noch bewegen. Im Mittelpunkt des Interesses stehe dabei die mittlere Generation zwischen 30 und 50 Jahren, "die häufig gleichzeitig von Beruf und Kindererziehung stark beansprucht ist", so Lambrecht. Viele müssten sich außerdem noch um ihre eigenen alten Eltern kümmern. "Diese 'Sandwich-Generation' erwartet zu Recht, dass wir Antworten auf ihre Erwartungen und Bedürfnisse finden", so die SPD-Fraktionsgeschäftsführerin.

Ein Vortrag von Renate Köcher, Geschäftsführerin des Allensbach-Instituts, war daher ein Schwerpunkt der Klausurtagung. Auch Oppermann machte klar: Ohne diese "Leistungsträger" wäre Deutschland "nicht so stark". Die SPD werde vor allem diesen Menschen zuhören, um herauszufinden, wie ihr Leben erleichtert werden könne. Ansätze sehen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten z. B. bei weiteren Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur oder etwa im Feld Verbraucherschutz.

### **Einwanderungs- und Integrationspolitik weiterdenken**

Am Freitag diskutierte die Fraktion über das Thema Zuwanderung sowie die Situation der Flüchtlinge. Als wissenschaftlicher Experte zu diesem Thema informierte Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die SPD-Fraktionsmitglieder über Effekte von Zuwanderung für Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme.

Thomas Oppermann machte deutlich, dass die SPD-Fraktion trotz Terroranschlägen weiterhin für eine "offene Gesellschaft" eintrete – ohne Vorurteile gegenüber friedlichen Muslimen in Deutschland oder Ressentiments gegenüber Flüchtlingen.

Auch stehe die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Bundestag Koalitionsgesprächen über ein Einwanderungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode offen gegenüber, so Oppermann. Denn klar sei: "Wir brauchen mittel- und langfristig eine hohe Zahl qualifizierter Einwanderer" – allein schon, weil "wir jedes Jahr 400.000 Arbeitnehmer ersetzen [müssen], die mehr aus dem Erwerbsleben ausscheiden als eintreten. Einwanderung ist ökonomisch notwendig. Wer auf Einwanderung verzichten will, gefährdet unseren gesamten Wohlstand."

## **Unsere Vorhaben für 2015**

Auch 2015 wird die SPD-Fraktion weiter daran arbeiten, das Leben der Menschen zu verbessern, unsere Gesellschaft zu modernisieren, die Wirtschaft auf Erfolgskurs zu halten und Deutschland voran zu bringen.

Wir werden die **Frauenquote** von mindestens 30 Prozent für Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gesetzlich umsetzen. Um **gleiche Löhne für Frauen und Männer** bei gleicher Arbeit durchsetzen zu können, erarbeiten wir ein Entgeltgleichheitsgesetz.

**Leiharbeit** soll wieder darauf beschränkt werden, Auftragsspitzen zu bewältigen oder vorübergehenden Personalausfall zu kompensieren. Dazu werden wir eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und gleichen Lohn einführen. Zudem gehen wir gegen den **Missbrauch von Werkverträgen** vor.

Die Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für den **Ausbau der Stromnetze** setzen wir fort. Außerdem wird der Strommarkt weiterentwickelt, damit **Versorgungssicherheit** umweltverträglich und zu möglichst niedrigen Kosten gewährleistet ist.

Das so genannte **unkonventionelle Fracking** ist mit großen Risiken verbunden und wurde nicht ausreichend erforscht. Deshalb wollen wir es verbieten und nur Erprobungsmaßnahmen unter strengen Auflagen zulassen. Für **konventionelles Fracking**, das bereits seit den 60er-Jahren in Deutschland zum Einsatz kommt, werden die Voraussetzungen deutlich verschärft.

Beim Kauf von **Finanzprodukten** soll der **Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern** verbessert werden. Dazu sollen deutlichere Warnhinweise über Risiken eingeführt und der Zugang zu unabhängiger Beratung verbessert werden.

Eine Expertenkommission entwickelt Vorschläge, um die **Investitionstätigkeit privater Unternehmen** zu stärken und mehr Kapital in die Finanzierung des digitalen Netzausbaus zu lenken.

**Start-Ups** und junge Gründer wollen wir von administrativen Pflichten entbinden und den Mittelstand von **Bürokratiekosten** entlasten.

Für die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 müssen die **Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu geordnet** werden. Wir treten in den Verhandlungen für ein solidarisches Gemeinwesen ein, das gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schafft.

Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass sich die Bundesregierung auf **Eckpunkte für Karenzzeiten** geeinigt hat, mit denen künftig Interessenkollisionen beim Wechsel von politischen Amtsträgern in die Wirtschaft vermieden werden sollen. In Konfliktfällen sollen Regierungsmitglieder nach ihrem Ausscheiden aus der Politik mindestens zwölf Monate warten, bevor sie eine hohe Position in der Wirtschaft übernehmen.

**Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution** wollen wir besser schützen und Täter wirksamer bestrafen.

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hat **Empfehlungen zur Reform von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz** entwickelt und sich für eine kontinuierliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung eingesetzt. Zwei Maßnahmenpakete zur Justiz und zum Verfassungsschutz werden 2015 umgesetzt. Zudem stellt der Haushalt 2015 mehr Geld für Initiativen gegen rechte Gewalt bereit.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat ein Konzept für den **Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit** vorgelegt. Damit wollen wir mehr Chancen und soziale Teilhabe möglich machen. Die Eckpunkte sollen nun konkretisiert und umgesetzt werden.

**Öffentliche Vergabeverfahren** sollen einfacher und flexibler werden, vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen. Gleichzeitig soll die öffentliche Vergabe von Aufträgen in Zukunft stärker strategische Ziele unterstützen. Dazu zählen soziale, ökologische und innovative Aspekte.

**Kommunen** sollen mehr Rechtssicherheit bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge bekommen.

## PORTRÄT

### „Ich finde den Mindestlohn gut, er stellt eine moralische Untergrenze dar“

Seit gut einem Jahr ist Volker Forschner (Jahrgang 1959) als selbständiger Taxifahrer auf den Straßen von Berlin unterwegs. Zuvor war er angestellter Fahrer. Er ist ein Taxler mit Leib und Seele, ihn fasziniert der Umgang mit so vielen unterschiedlichen Menschen, die in der Hauptstadt ins Taxi steigen. „Früher war ich in der Welt unterwegs. Heute steigt die Welt zu mir ins Taxi“, sagt Forschner.

Schon in den 1980er-Jahren fuhr der gebürtige Heidelberger als Student Taxi in Berlin, damals noch in der geteilten Stadt. Das war ein einträglicher Job. „Der Markt war besser als heute. Weniger Taxen und die Leute hatten mehr Geld in der Tasche“.



Forschner findet es richtig und wichtig, dass nun endlich auch in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird: „Das wurde Zeit, dass hier eine moralische Untergrenze eingezogen wird“. Allerdings müssten nun Lösungen gefunden werden, wie es zu realisieren ist, dass der Mindestlohn gezahlt wird. Da liege in Berlin noch nichts auf dem Tisch, berichtet er.

Seit dem 1. Januar 2015 muss bundesweit in der Taxi-Branche der gesetzliche Mindestlohn bezahlt werden. Die Verbände der Branche haben es nicht geschafft, sich auf eine Übergangslösung zu einigen, weshalb es jetzt kurz nach Jahresbeginn holpert. Im baden-württembergischen Pforzheim wurden wegen des Mindestlohns bereits im Dezember 2014 die Preise erhöht. In Berlin steht eine Erhöhung noch aus. Der Mindestlohn gilt auch für die Zeit, in der Taxifahrer am Taxistand auf Kundschaft warten, und das ist gut so. Jetzt muss die Branche neue Bezahlmodelle entwickeln, denn bislang waren angestellte Taxifahrer am Umsatz des Unternehmens beteiligt.

82 Prozent der deutschen Bevölkerung sprachen sich im März 2014 in einer Umfrage (ZDF-Politbarometer/Forschungsgruppe Wahlen) für die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns aus.

Der Beruf der Taxler steht hier stellvertretend für alle, die vom Mindestlohn profitieren werden. Leistungen die gerne in Anspruch genommen werden, müssen sich auch für diejenigen lohnen, die diese Leistungen erbringen.

Denn für den Taxifahrer Forschner steht sein Service am Fahrgast an erster Stelle. Er ist überzeugt, dass man auch heute noch hinterm Taxistauer gut verdienen kann, wenn man sich als Dienstleister versteht.

Drücken wir ihm die Daumen für sein junges Unternehmen und wissen, beim ihm sitzen Frau und Mann sicher und gut betreut auf der Rückbank.

## VERANSTALTUNGEN

### Mahnwache in Berlin: Das Land steht zusammen

Mehr als zehntausend Menschen waren am Dienstagabend zum Brandenburger Tor gekommen, Christen, Muslime, Juden und die Spitzen des Staates, um in Berlin gemeinsam Gesicht zu zeigen – gegen Hass und Gewalt, für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland. Die Botschaft: Wir gehören zusammen!

Auf einer Bühne vor dem bekannten Wahrzeichen versammelten sich Bundespräsident Gauck, Kanzlerin Merkel, Bundestagspräsident Lammert, das Bundeskabinett, die Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Berlins Regierender Bürgermeister Müller und Vertreter der Kirchen und Muslimverbände sowie der türkischen Gemeinde zur Mahnwache.

Als Zeichen des Mitgefühls und im Gedenken der Opfer der Terroranschläge in Paris legte der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Aiman Mazyek in Anwesenheit von Gauck, Merkel und Gabriel vor der Französischen Botschaft einen Kranz nieder.

Mazyek betonte: „Die Terroristen wollten den Propheten rächen? Nein! Sie haben mit ihrer Tat die größte Gotteslästerung begangen.“ Die Terroristen hätten den Islam mit ihrem fürchterlichen Akt verraten und seine Prinzipien in den Schmutz gezogen.

Bei der Mahnwache, zu der muslimische Verbände und die Türkische Gemeinde aufgerufen hatten, nahmen auch die Abgeordneten der SPD-Bundestagfraktion geschlossen teil.

Bundespräsident Gauck hielt eine kurze Rede, in der er den Menschen zurief, „wir alle sind Deutschland“, unabhängig von Religion und Herkunft. Er stellte klar: „Die Terroristen wollten uns spalten. Erreicht haben sie das Gegenteil. Sie haben uns zusammengeführt.“ In Anlehnung seiner früheren Aussagen zu den Taten des rechtsextremen NSU sagte Gauck nun in Richtung der Terroristen und Fanatiker: „Wir schenken euch nicht unsere Angst. Euer Hass ist unser Ansporn“.

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sagte nach der Veranstaltung: „Ob Muslime, Christen, Juden oder Atheisten: Wir alle haben heute gemeinsam – und über Parteiengrenzen hinweg – gezeitigt, dass wir uns vom Terror nicht in Angst versetzen oder auseinanderdividieren lassen. Wir stehen vereint an Frankreichs Seite, wir stehen für Meinungsfreiheit, Demokratie, Vielfalt und ein friedliches Miteinander.“ Die Kundgebung sei auch „eine klare Absage an jene Populisten, die derzeit aus den schrecklichen Morden von Paris ihren zersetzenden Profit zu ziehen versuchen: Wir sind ein offenes und freies Land, in dem es keinen Platz gibt für Ressentiments gegen Flüchtlinge oder gar den Islam.“

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann machte deutlich: „Wir stehen fest an der Seite der überwältigenden Mehrheit der friedlich lebenden Muslime in un-serem Land, die sich klar von Terror und Gewalt distanzieren. Sie sind ein fester Teil unserer Gesellschaft und gehören zu uns! Wir müssen verhindern, dass die Demagogen von Pegida und AfD die Anschläge für ihre Zwecke instrumentalisieren.“

Die niederträchtigen Morde von Paris seien ein Angriff auf unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft. Auf diese Bedrohung gebe es nur eine richtige Antwort: „Wir werden unsere Werte entschlossen verteidigen. Unsere Antwort heißt: mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Offenheit.“

#### **Akute Maßnahmen**

Noch im Januar wird Justizminister Heiko Maas (SPD) ein Maßnahmenpaket vorlegen, das die Reise von Islamisten in Terrorcamps härter unter Strafe stellt. Auch wird künftig jegliche finanzielle Unterstützung von Terrororganisationen, etwa durch Spenden, strafbar sein. Die Koalition wird zudem die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit ausreisewilligen Dschihadisten der Personalausweis entzogen werden kann.

Potenzielle Gefährder und gewaltbereite Rückkehrer aus Kriegsgebieten müssen lückenlos überwacht werden. Die Koalitionsfraktionen werden deshalb prüfen, ob die Sicherheitsbehörden über das hierfür erforderliche Personal und technische Ausstattung verfügen.

Auch ist eine intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf nationaler und internationaler Ebene notwendig. Begleitend zu den Maßnahmen zur akuten Terrorabwehr bedarf es jedoch einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, um eine weitere Radikalisierung junger Menschen in Deutschland und Europa schon in den Anfängen zu verhindern.

## **Kinderrechte in Deutschland stärken**

Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion haben am 14. Januar 2015 rund 100 Expertinnen und Experten und Interessierte zum Thema „Kinderrechte stärken“ diskutiert. An Thementischen tauschten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Erfahrungen zu "Kinderschutz", "Kindergesundheit", "Kinder und Bildung", "Kinderarmut" sowie "Kinder und Beteiligung" aus und formulierten konkrete Forderungen im Sinne der Kinder und Jugendlichen. Alle Anwesenden waren sich einig: 25 Jahre nach Annahme der Kinderrechtskonvention von der Vollversammlung der Vereinten Nationen haben sich die Bedingungen für gutes

Aufwachen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zwar deutlich verbessert, allerdings besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Eine zentrale Forderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz. Dies thematisierten auch Bundeskinder- und Jugendministerin Manuela Schwesig (SPD) und Sebastian Sedlmayr, Leiter der Abteilung Kinderrechte und Bildung bei UNICEF Deutschland, auf dem Podium.

Ein solches spezielles Kindergrundrecht fordert die SPD-Fraktion seit Jahren, um die besondere Stellung von Kindern zu unterstreichen und zu verdeutlichen, dass die Rechte und das Wohl von Kindern bei allen sie betreffenden Entscheidungen Vorrang vor anderen Abwägungen haben müssten. „Mit der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz können wir dafür sorgen, dass die Rechte von Kindern im Alltag besser durchgesetzt werden können“, sagten auch Sönke Rix, Sprecher der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Fraktion, und die Kinderbeauftragte der Fraktion Susann Rührich.

Die Workshop-Ergebnisse werden in den nächsten Wochen und Monaten von der SPD-Fraktion ausgewertet, um daraus politische Initiativen zu entwickeln.

*Einen ausführlichen Veranstaltungsbericht gibt es hier:*  
<http://www.spdfraktion.de/themen/kinderrechte-deutschland-stärken>

**Weitere Informationen gibt es auch hier:**



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>